

Übersicht

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Marx und Dregger in China

Vom 9. - 29. Februar statteten die beiden CDU-Abgeordneten Dregger und Marx der Volksrepublik China einen Besuch ab, der in der deutschen Öffentlichkeit ein breites Echo fand. Am 13. Februar wurden sie von Außenminister Chiao Kuan-hua empfangen, der auf Gemeinsamkeiten zwischen China und der Bundesrepublik hinwies, vor allem auf das Bedürfnis beider Staaten, sich gegen Übergriffe der Supermächte zu schützen. Auch die Teilung hätten beide Staaten gemeinsam. Wörtlich sagte Chiao Kuan-hua zur Deutschland-Frage: "30 Jahre sind seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges vergangen. Aber Deutschland ist noch immer geteilt. Wir halten den Wunsch der deutschen Nation nach Vereinigung für gerechtfertigt. In der heutigen Welt hat es enorme Veränderungen gegeben, der Hegemonismus ist zur gefährlichsten Quelle des Krieges geworden, und so bringt die Vereinigung der Deutschen Nation den Europäern keine Gefahr. Die Deutschen verurteilen wie die Menschen der anderen europäischen Länder nachdrücklich die Verbrechen des Hitlerfaschismus. Die Hegemonisten hängen den Deutschen verschiedene falsche Anschuldigungen an und bezeichnen in dem Versuch, die Europäer zu schrecken, alle Staatsmänner der Bundesrepublik als 'Revanchisten' und 'Nazikräfte', die für die Nationale Vereinigung eintreten, die die nationale Teilung bekämpfen und die es wagen, die expansionistischen Ambitionen der Hegemonisten und ihre aggressiven Anschläge zu entlarven. Es ist ihr Ziel, in deutlicher Sprache ihre Ambitionen einer Fortsetzung der Teilung Deutschlands zu verbergen und dann ganz Westeuropa ihre Expansion aufzuzwingen" (NCNA, 13.2.1976).

Die beiden Politiker wurde auch von dem neuen Amtierenden Ministerpräsidenten Hua Kuo-feng empfangen, der ebenfalls auf die Sowjetgefahr hinwies. Der dritte Spitzenpolitiker, der sich dem Gespräch mit den CDU-Abgeordneten stellte, war der Vorsitzende des Parteiausschusses und Revolutionskomitees von Shanghai, Chang Ch'un-ch'iao, der zugleich Politbüromitglied und höchster Politikkommissar der Volksbefreiungsarmee ist.

Welchen Eindruck die deutschen Besucher aus diesen Gesprächen gewonnen haben, gab Dregger in einem Interview mit der Welt

(21.2.1976) bekannt: Der außenpolitische Kurs Chinas gegenüber der Sowjetunion, den USA und Europa werde beibehalten werden. China sei an einem starken Westeuropa interessiert, ebenso wie Europa an einem starken China interessiert sein müsse. Außenpolitik und militärische Strategie Chinas seien defensiv. Die chinesischen Führer hätten die Möglichkeit der Kriegsverhinderung pessimistischer als er, Dregger, beurteilt. Die Chinesen glaubten, daß ein Krieg in Europa unvermeidbar sei. Europa müsse endlich aus seiner Lethargie erwachen, seine politische und militärische Einigung vorantreiben und als eigenständige Macht im Bündnis mit den USA den Freiheitswillen seiner Völker wirksam zur Geltung bringen.

Werner Marx entdeckte "Irritation für eine Vielfalt europäischer Probleme, weil sie den Chinesen unbegreiflich erscheinen", so die inflationäre Entwicklung und die Rückschläge der Wirtschafts- und Finanzsituation. Als Verteidigungsexperte beurteilt Marx die chinesische Armee als gut gerüstet und in ihrer engen Verbindung zu Volk und Miliz als einen "durchdringenden Faktor in allen Lebensbereichen". Jeder Feind gehe in China unter, so groß auch sein technischer Vorteil sein möge. Beachtlich sei vor allem die "psychologische Rüstung der Chinesen" (FAZ, 21.2.1976). Marx beklagte sich gleichzeitig allerdings auch über allzuviel Geheimnistuerei der Chinesen über die Vorgänge im Inneren.

Beide Politiker teilten mit, daß Hua Kuo-feng der Bundesrepublik Deutschland den Austausch von Militärattachés und Atomwissenschaftlern angeboten habe (SZ und NZZ, 21.2.1976).

Die Frankfurter Rundschau (20.2.1976) berichtete im Zusammenhang mit dem Besuch von Marx und Dregger von einer mehrmaligen "Düpiierung" des deutschen Botschafters Rolf Pauls. Die beiden Unionspolitiker hätten dem Botschafter der Bundesrepublik "klargemacht, daß sie ihn bei ihrer Unterredung mit Chiao Kuan-hua nicht dabeizuhaben wünschten. Rolf Pauls blieb vor der Tür, während sich Dregger und Marx mit Kremp (Chefredakteur der WELT) und Löwenthal (ZDF) - fast wie zu einem konspirativen Treff - zum Außenminister begaben..... Das entwürdigende Schauspiel vom Freitag wiederholte sich für Botschafter Pauls einen Tag später..... Nach dem Protokoll war es eine Selbstverständlichkeit, daß der Botschafter des Heimatlandes die beiden deutschen Gäste ... bei der Unterredung mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Chang Ch'un-ch'iao begleitete. Abermals lehnten Marx und Dregger jedoch ab. Aber-

mals blieb Rolf Pauls vor der Tür. Gerhard Löwenthal und Herbert Kremp wurden dagegen mit zu Chang Ch'un-ch'iao hineingenommen. Fast erstaunlich ist die Gelassenheit, mit der der Vertreter der Bundesrepublik in Peking den bewußten Affront der eigenen Landsleute hinnahm. Daß trotz dieses zweiten Ekklats die Betreuung der Bonner Gäste durch die Botschaft weiter fortgesetzt wurde, zeugt von der Großmut der Diplomaten. Das Mißtrauen von der Unionsseite auch gegen Spitzenbeamte des Auswärtigen Dienstes ist chinesischen Politikern bereits im vorigen Jahr einmal vorgeführt worden. Damals - im Januar 1975 - hatte der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß seine Erkundungsfahrt ins Reich der Mitte gemacht. Zumindest in einem Fall hatte Botschafter Rolf Pauls bei den Gesprächen draußen vor der Tür bleiben müssen. Im Gegensatz zu Dregger und Marx soll der CSU-Vorsitzende dabei allerdings wenigstens taktvoll auch auf seine journalistischen Begleiter verzichtet haben." (Bericht von Volkmar Hoffmann)

Moskau nahm zum Besuch der beiden Unionspolitiker in der erwarteten Form Stellung. Der Besuch der beiden Politiker bei chinesischen Militärübungen deutete darauf hin, "daß die Besucher vom Rhein ebenso wie ihre chinesischen Gastgeber die Realisierung ihrer Zukunftspläne nicht mit einer friedlichen Zusammenarbeit der Völker, sondern mit dem Wettrüsten und der militärischen Konfrontation verbinden" (Radio Moskau, deutsch, 16.2.1976). Man habe die beiden Politiker wegen ihrer antisowjetischen Haltung eingeladen. Beide hätten antisowjetische Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland organisiert und den Moskauer Vertrag abgelehnt. Von Marx wisse man, daß er gegen eine Entspannung in Europa und gegen kommerzielle Kontakte mit osteuropäischen Ländern sei. Nach den Maßstäben der Maoisten seien die beiden Besucher in hervorragender Weise geeignet, als "willkommene Gäste" in Peking begrüßt zu werden. Der Pekinger Außenminister habe völlig die Existenz des ersten deutschen sozialistischen Staates in der Welt und die Errungenschaften der Bevölkerung der DDR ignoriert. Er habe dagegen offen erklärt, die Maoisten und die konservativen Kräfte in Bonn hätten das "gemeinsame Interesse", sich auf einer antisowjetischen und einer antisozialistischen Plattform zusammenzuschließen (TASS englisch, 20.2.1976).

Radio Moskau (deutsch, 19.2.1976) wörtlich: "Während ihrer Pekingreise durften Weltkriegs-Hauptmann Dregger und Weltkriegs-Unteroffizier Marx an einer Gefechtübung der 6. Panzerdivision der chinesischen Armee als Gäste teilnehmen. Bei der anschließenden Feier tranken sie auf Kameradschaft. Bei einem Essen zu Ehren der beiden Politiker der bundesdeutschen Rechten wurden von der Geschichte überholte Begriffe wie die einer angeblich bestehenden gesamtdeutschen Nation und deren Wiedervereinigung ins Feld geführt und der Wunsch nach einer Veränderung des politischen und territorialen Status quo in Mitteleuropa zum Ausdruck gebracht..... Die CDU/CSU-Supertaktiker sind offenbar entschlossen, den CDU/CSU-Karren bis ans Ende der Sackgasse des Antisowjetismus zu schieben. Die Folge dieses Mühens würde aller Voraussicht nach ein außenpolitischer Scherbenhaufen der bundesdeutschen auswärtigen Politik sein."

Den Besuch resümierend schlug Marx fünf praktische Maßnahmen für die deutsch-chinesischen Beziehungen vor:

- Vermehrte Einladungen für chinesische Politiker in die Bun-

desrepublik;

- Bildung einer deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe, wie sie in der französischen Kammer bereits existiere;
- Ausbau der Wirtschaftskontakte;
- Austausch von Physikern, besonders Atomwissenschaftlern;
- Austausch von militärischen Erfahrungen. Dies gelte für die Führung hochtechnisierter militärischer Verbände, für die realistische Einschätzung möglicher Kriegsmittel und für die zivile Verteidigung. Zu den Voraussetzungen gehöre eine rasche Entsendung von Militärattachés, wie sie ja bereits vereinbart, aber noch nicht realisiert worden sei (Die Welt, 27.2.1976).

(2) NCNA-Berichte über die Bundesrepublik

a) "Westdeutschland beunruhigt über Gefahr, die von der sowjetischen Marine ausgeht" (NCNA, 30.1.1976)

Der Bericht gibt in Grundrissen eine ZDF-Sendung wieder, die sich mit dem sowjetischen Plan beschäftigte, mittels umfangreicher Marinestreitkräfte Westdeutschland von See her einzukreisen. Weiterhin wird auf eine Warnung von Vizeadmiral Günter Luther, Generalinspekteur der westdeutschen Marine, hingewiesen, der erklärt habe, daß "die Nordsee von seiten Moskaus einer wachsenden Bedrohung ausgesetzt" sei.

b) Ferner berichtet Hsinhua (NCNA, 5.2.1976)

über eine ARD-Sendung von Gerhard Konzelmann über die sowjetische Spionagetätigkeit in Westdeutschland. "In der 45 Minuten dauernden Dokumentation 'Moskaus Spione' wurden Bilder, Tonbandaufzeichnungen u.a. unwiderlegbares Beweismaterial dargeboten, die zeigen, wie das KGB aus den Reihen der westdeutschen Bevölkerung Geheimagenten rekrutiert und wie es Informationen weiterleitet. Auf dem Bildschirm erschienen einige Spione unter dem Deckmantel von Diplomaten der sowjetischen Botschaft. Auch in einem Bericht des westdeutschen Magazins "Quick" werden die Namen von vier KGB-Agenten aufgeführt, die in der sowjetischen Botschaft in Bonn als Diplomaten tätig sind."

c) Befällig vermerkt Hsinhua (NCNA, 18.2.1976), daß sowohl der westdeutsche Außenminister als auch sein Genosse aus Zaire die ausländische Einmischung in Angola verurteilt hätten.

WESTEUROPA

(3) Neuer Peking-Botschafter bei der EG

Zum neuen Botschafter Pekings bei der Europäischen Gemeinschaft ist der ehemalige Geschäftsträger der Volksrepublik China in London, Huan Hsiang, ernannt worden. Politische Beobachter deuten die Ernennung von Huan Hsiang, der das Amt des 1975 bei der EG nominierten Peking-Botschafters Li Lien-pi übernimmt, als Beweis eines steigenden Interesses der Volksrepublik China an der Europäischen Gemeinschaft (BPA/Ostinformationen, 9.2.1976).

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(4) Die Äußerungen Breschnews beim 25. Parteitag der KPdSU über China

(Rede vom 24.2.1976):

„Ein Kapitel für sich ist natürlich die Frage der Beziehungen zu China. Die Politik seiner derzeitigen Führer ist unverhüllt gegen die Mehrheit der sozialistischen Staaten gerichtet. Mehr noch, sie schließt direkt an die Haltung der extremsten Reaktionen aller Welt an: von den Militaristen und Spannungsfreunden der westlichen Länder bis zu den Rassisten Südafrikas und den faschistischen Machthabern Chiles. Diese Politik ist den sozialistischen Prinzipien und Idealen nicht nur völlig fremd, sondern ist ihrem Wesen nach auch zu einer wichtigen Reserve des Imperialismus in seinem Kampf gegen den Sozialismus geworden. Eine große Gefahr für alle friedliebenden Völker sind die fieberhaften Versuche Pekings, die Entspannung zu torpedieren, die Abrüstung zu verhindern, Mißtrauen und Feindschaft zwischen den Staaten zu säen, seine Bestrebungen, einen Weltkrieg zu provozieren und sich selbst daran die Hände zu wärmen.

Wir werden dieser Brandstifterpolitik entgegenreten, die Interessen des Sowjetstaates, der sozialistischen Staatengemeinschaft und der kommunistischen Weltbewegung verteidigen..... In den Beziehungen zu China hält unsere Partei unbeirrbar an dem Kurs des XXIV. Parteitages fest. Die Richtigkeit dieses Kurses ist vom Leben selbst bestätigt worden. Wir werden gegen den Maoismus auch weiter einen prinzipiellen Kampf, einen unveröhnlichen Kampf führen. Zugleich sei erneut bestätigt, daß ... wir bereit sind, die Beziehungen zu China nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu normalisieren.“ Falls China jedoch zu den Prinzipien des Marxismus zurückkehre, sei die UdSSR zur Herstellung guter Beziehungen - der Redner nannte als Bedingung u.a. Achtung der territorialen Integrität - bereit. „Das Weitere liegt bei den Chinesen.“

(5) Peking spricht von sowjetischen „Konzentrationslagern“

Hsinhua (NCNA, 23.2.1976) weist darauf hin, „daß die neuen Zaren alle jene Personen ins Konzentrationslager bringen, die es ungeachtet ihrer Nationalität wagen, ihre Opposition oder ihren Widerstand gegenüber ihrer reaktionären Politik zu zeigen, womit sie ihre Widersacher seelisch und körperlich vernichten“. Insgesamt gebe es 250 Konzentrationslager. Andere Quellen sprächen sogar von mehr als 1000 solcher Lager in der Sowjetunion. Die „neuen Zaren“ hätten bisher mehr politische Gegner inhaftiert als die „alten Zaren“. Der Bericht weist auf weitere Einzelheiten hin: Auf das 1969 veröffentlichte sogenannte „überarbeitete Arbeitsgesetz“, wonach politische Gefangene in „Konzentrationslager“ entsandt werden könnten. Es gäbe vier Kategorien sogenannter Besserungslager: gewöhnliche, harte, strenge und Spezialregimes. Jedes Lager sei von Stacheldrahtverhauen und elektrischen Eisenabgrenzungen umgeben und von Wachtürmen beschirmt. Hungerstreiks, Briefe an die UNO und Selbstmorde seien die Reaktion von Leuten, die ihren Willen auch nicht mit Gewalt brechen ließen.

(6) Chinesische Kränze am sowjetischen Armeetag

Ungeachtet der anhaltend heftigen Angriffe gegenüber der So-

wjetunion wurde der 58. Jahrestag der Gründung der Armee und Marine der SU durch chinesische Kranzniederlegungen gefeiert. Die Gedenkfeier, die offensichtlich von der chinesischen Presse mit Stillschweigen übergangen wurde, fand nur in einem kurzen Bericht des Provinzsenders Radio Harbin Erwähnung. Demnach hatten das Revolutionskomitee und die Chinesisch-sowjetische Freundschaftsgesellschaft der Provinz Heilungkiang zum Gedenken an die sowjetischen Märtyrer am Vorabend des Jahrestages Kränze an den Gräbern niedergelegt. Die Kränze wurden dabei mit folgender Aufschrift versehen: „Ewiger Ruhm den Märtyrern der sowjetischen Armee, die ihr Leben während des antifaschistischen Krieges opferten!“

An der Feier nahmen Tsao Chih, der Vize-Vorsitzende des Revolutionskomitees der Provinz Heilungkiang und Liu Wei als Vertreter der Chinesisch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft der Provinz teil. Die Revolutionskomitees und Sektionen der Sowjetisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaften legten ebenfalls in den Städten Manchouli und Suifenho sowie im Kreis Anhui an Gedenkstätten und Gräbern sowjetischer Märtyrer Kränze nieder (Radio Harbin, 22.2.1976). Während an den Kranzniederlegungen offensichtlich sowjetische Vertreter nicht teilnahmen, gab der Militär-, Luft- und Marineattaché der Sowjetischen Botschaft, Oberst V.F. Lobanov, am 23. Februar einen Empfang zur Erinnerung an diesen Jahrestag. Zu den chinesischen Teilnehmern gehörten Huang Yu-kun, der stellvertretende Direktor der allgemeinen Politischen Abteilung der VBA, der stellvertretende Kommandeur der Garnison Peking, Li Chung-chi, der stellvertretende Direktor des Büros für Ausländische Angelegenheiten im Verteidigungsministerium, Chang Ping-yu, sowie der stellvertretende Direktor der Abteilung für Angelegenheiten der Sowjetunion und Osteuropas des Außenministeriums (NCNA, 23.2.1976).

(7) Neue Wirtschaftsabkommen mit Rumänien

China und Rumänien haben in Peking ein Abkommen über den Warenaustausch für den Zeitabschnitt 1976-1980 und ein Protokoll für den Waren- und Zahlungsverkehr für 1976 unterzeichnet. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung beider Länder sehen die Dokumente einen ständigen Anstieg im Warenaustausch und eine Diversifizierung im bilateralen Handel vor. Im Vergleich zum vorherigen Abkommen enthält dieses neue, langfristige Abkommen eine größere Produktenliste aufgrund der Erfordernisse der Volkswirtschaftspläne beider Länder für die nächsten fünf Jahre. In Übereinstimmung mit dem Handelsprotokoll von 1976 wird Rumänien an China Produkte der Maschinenbauindustrie, Bohrausrüstungen, Lastkraftwagen, Lokomotiven, Güterwagen, Kugellager, verschiedene Ersatzteile und Produkte der chemischen- und Hüttenindustrie liefern. Die VR China wird nach Rumänien Werkzeugmaschinen, Produkte der chemischen, Textil- und Nahrungsmittelindustrie, Eisenlegierungen, Hüttenkoks, Baumwolle, Reis u.a. Produkte exportieren. Eine besondere Rolle in den rumänisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen wird in Zukunft die rumänische Hilfe beim Aufbau der chinesischen Erdölindustrie spielen. Schon jetzt vermuten Experten, daß Rumänien mehr Bohrgeräte als jedes andere Land außer den Vereinigten Staaten produziert (BPA-Ostinformationen, 2.2.1976, JT, 2.2.1976).

NORDAMERIKA

(8) Der ehemalige amerikanische Präsident Nixon in Peking: Nicht ein "Kuß für Nixon", sondern eine "Ohrfeige für Ford"

Der ehemalige amerikanische Präsident Richard Nixon wurde zum 4. Jahrestag der Aufnahme politischer Beziehungen zwischen China und den USA (21. Februar 1972) in die Volksrepublik China eingeladen. In der Meldung der Hsinhua (NCNA, 6.2.1975) heißt es dazu, sowohl die chinesische Seite als auch Nixon hielten den Besuch des ehemaligen Präsidenten zum Jahrestag des Shanghai-Kommuniqués "für angemessen".

Mit der Einladung ist einesteils ein Zeichen dafür gegeben, wie sehr die Chinesen alte Freunde zu schätzen wissen, gleichzeitig aber stellt sie der gegenwärtigen Administration Ford ein Negativzeugnis aus. In Peking haben vor allem die Versuche Fords und Kissingers, mit den Sowjets immer wieder in Gespräche einzutreten, Mißbilligung erfahren. Zugleich wird durch die Einladung, die offensichtlich auf Mao Tse-tung persönlich zurückgeht, das Interesse Chinas an einer Fortsetzung der amerikanisch-chinesischen Entspannungspolitik bezeugt.

"Der historische Besuch Präsident Richard Nixons und seiner Gattin in China sowie die Veröffentlichung des Gemeinsamen Chinesisch-Amerikanischen Kommuniqués im Jahre 1972 haben eine bedeutende Rolle bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen China und den USA gespielt. Die chinesische Seite und der frühere Präsident der USA, Richard Nixon, erachten es für angebracht, daß er China erneut besucht. Die Regierung der VR China hat eine Einladung an Nixon und seine Gattin gerichtet, China am 21. Februar 1976, dem 4. Jahrestag ihres ersten Besuches, einen weiteren Besuch abzustatten. Die Einladung ist mit Genugtuung angenommen worden" (NCNA, 6.2.1976).

Aus chinesischer Sicht ist Nixon der Mann, der das Eis zwischen China und den USA gebrochen hat. Die Watergate-Affäre wurde in China so gut wie nicht zur Kenntnis genommen. Einige chinesische Staatsmänner äußerten sich ausländischen Besuchern gegenüber sogar erstaunt über das Aufheben, das die USA um die Affäre gemacht hatten.

Mao Tse-tung hatte schon mehrere Male, zuerst gegenüber Edgar Snow und zuletzt gegenüber David und Julie Eisenhower-Nixon, denen er einen quasi Staatsempfang zuteil werden ließ, die Bereitschaft geäußert, Nixon als Gast zu empfangen. Offensichtlich soll die Einladung dem jetzigen Präsidenten "durch die Blume" zu verstehen geben, daß China mit der gegenwärtigen amerikanischen Außenpolitik, vor allem mit der amerikanisch-sowjetischen Annäherung und mit der weiterhin aufrecht erhaltenen amerikanischen Taiwan-Politik, unzufrieden ist.

Die Reise Nixons nach China erfolgte zu einem wahlpolitisch kritischen Zeitpunkt. Der ehemalige Präsident trat gleichsam am Vorabend der Wahlen grell ins Lampenlicht der von der amerikanischen Öffentlichkeit vielbeachteten chinesischen Bühne.

Obwohl die amerikanische Regierung versichert hat, daß Nixon nur als "Privatbesucher" nach China gefahren sei, gaben die Chinesen diesem Ereignis doch einen offiziellen Anstrich. Sie holten den ehemaligen amerikanischen Präsidenten mit einem Staatsflugzeug in den USA ab. Nixon war wie ein Staatsober-

haupt begleitet von einer Schar von Reportern und, mysteriöserweise, von einem "Mitarbeiterstab" von 18 Personen. Nixon fuhr mit wehenden nationalen Standern an der Limousine durch Pekings Straßen. Dreimal wurde er von Ministerpräsident Hua Kuo-feng empfangen, und am 23. Februar gab sogar Mao Tse-tung ihm die Ehre eines persönlichen Gespräches (NCNA, 23.2.1976). Der "Vorsitzende" bat seinen Gast, dem amerikanischen Präsidenten Ford Grüße auszurichten (NCNA, 23.2.1976), eine Geste, die von den meisten Beobachtern wohl eher als Ausdruck der Ironie denn der Herzlichkeit empfunden wurde. Auch die Tatsache, daß sich Mao nicht weniger als eineinhalb Stunden lang mit seinem Gast unterhielt, war weniger eine Wertschätzungsbezeugung für den anwesenden als ein mißbilligender Hinweis auf den abwesenden Präsidenten. Letztlich waren all diese Ehrungen nicht für Nixon selbst gedacht, sondern hatten den weitesten Adressatenkreis in den USA im Auge. Nixon besuchte auch die Ch'inghua-Universität, wo die derzeitigen Wandzeitungskampagnen gegen Teng Hsiao-p'ing auf Hochtouren laufen, und lernte schließlich noch das Pekinger Luftschutztunnel-System kennen. Der Nixon-Besuch in Peking endete mit einem großen Abendessen als Gegeneinladung für die chinesischen Gastgeber, die dafür wieder die "Große Halle des Volkes" zur Verfügung gestellt hatten. Auf den Einladungskarten stand: "Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten bittet" (Bericht von H.J. Höfer, dpa 25.2.1976, in BPA/Ostinfo vom 26.2.76 - "China - USA", S.9). (Zur Rede Nixons und Hua Kuo-fengs beim Bankett vgl. NCNA, 25.2.1976).

In Peking ging Nixon "unter das Volk" und schüttelte in seinem "alten Kampagnenstil" jedermann die Hand.

U.a. hörte sich Nixon auch - ohne jeden Widerspruch - ein Lied an, in dem die Entschlossenheit bekundet wurde, die "Brüder in Taiwan zu befreien". Wegen dieses Liedes war noch im Jahre 1975 die Rundreise einer chinesischen Künstlertruppe in den USA von seiten Washingtons abgesagt worden (Times, 24.2.1976).

Einige Kommentare zur Reise:

Die Pariser Zeitung "Aurore": "Die Chinesen wollten klarmachen, daß Nixon den spektakulären Aufstieg der UdSSR, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent, nicht zugelassen hätte. Mit anderen Worten, die Undankbarkeit und die Ungerechtigkeit der Amerikaner Nixon gegenüber ist für ihre Niederlagen, die ebenso sowjetische Siege sind, verantwortlich." Die Zeitung setzte dann fort: "Es ist kein Zufall, daß der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten von Mao in einem Augenblick empfangen wird, wo Gerald Ford sich zum erstenmal und mit einer legitimen Ängstlichkeit den Vorwahlen in New Hampshire stellt und wo Leonid Breschnew, sicher seiner Macht und stolz auf seinen Erfolg, auf die Tribüne des 25. Kongresses der Sowjetischen Kommunistischen Partei steigt." Im Gegensatz zu einer solchen Aussage haben die Chinesen bei ihrer Einladung ausdrücklich betont, daß sie den ehemaligen Präsidenten anläßlich des IV. Jahrestages der Unterzeichnung des Shanghaier Kommuniqués eingeladen hätten. Der "Berner Bund" meint, daß die Einladung nicht gegen Ford und Kissinger gerichtet gewesen sei, sondern als Warnung zu verstehen gewesen sei, "die auf die gewaltige sowjetische Rüstung hinweist und im chinesischen Interesse Washington und Moskau trennen soll."

Die IHT schließlich kommentiert den Besuch mit der Überschrift (25.2.1976): "A man without shame".

Der republikanische Senator Goldwater erklärte in der Öffentlichkeit, daß Expräsident Nixon mit seinem Auftritt in Peking gegen den mehr als 100 Jahre alten Logan-Act verstoßen habe, der bestimme, daß nur der Präsident und der Außenminister befugt seien, Außenpolitik zu treiben. Weiterhin: "Nixons Besuch in China führt zu nichts, und wenn er Amerika einen Gefallen tun will, dann sollte er am besten gleich dort bleiben" (Die Welt. 27.2.1976).

ASIEN

(9) Kredit für Sri Lanka

Sri Lanka erhält von der Volksrepublik China einen zinslosen Kredit in Höhe von 22,9 Mio. Rupien in konvertibler Währung. Das Darlehen wird in zwei Raten im 1. Halbjahr 1976 ausgezahlt und kann von der Regierung in Colombo über einen Zeitraum von 5 Jahren getilgt werden. Die Tilgung, die erst nach zwei Jahren beginnt, kann entweder über Exportgüter oder über konvertible Währung erfolgen (SWB/WER, 4.2.1976).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(10) Chinas Haltung zu den Frequenzzuweisungen der ITU

Bei einem Expertentreffen der "International Telecommunications Union" (ITU) über die für 1979 vorgesehene Neufestlegung der Frequenzbereiche, das vom 19.1. bis 13.2.1976 in Genf stattfand, machte sich der chinesische Delegationsleiter Liu Yuan für die "kleinen und mittleren" Staaten stark, die allen Grund hätten, sich zu vereinen und eine Revision der bisherigen "irrationalen Bestimmungen" zu verlangen.

Die bisherige Verteilungspolitik bei den Frequenzzuweisungen sei nur zum Vorteil von ein oder zwei Supermächten gehandhabt worden. In ihrer Anmaßung, sich mit allen möglichen Mitteln einen großen Bereich von Frequenzen zu verschaffen, hätten sie eine "ernsthafte Störung" auf dem Gebiet der Radiowellen hervorgerufen und die Rechte und Interessen der anderen Länder beeinträchtigt. In einer längeren Stellungnahme der chinesischen Delegation, die am 15.1.1976 von NCNA verbreitet wurde, wies man auf einige "äußerst irrationale Probleme und offensichtliche Fehler" bei der gegenwärtigen Regelung hin. Insbesondere gelte dies für die China betreffenden Fußnoten im Frequenzverteilungsplan. Wie es in der Stellungnahme heißt, "kamen die China betreffenden Fußnoten ... unter Umständen zustande, an denen die Volksrepublik nicht beteiligt war. Daher behalten wir uns das Recht vor, diese Fußnoten zu revidieren und zukünftig zusätzliche Änderungen anzubringen."

Das chinesische Expertenteam erklärte ferner, daß es sich weigere, den Inhalt des Zusatzes 26 der Radiostatuten anzuerkennen, da er "schädlich für die Souveränität Chinas sei". Sie weigere sich ebenfalls, einige Abschnitte bezüglich der Staatsgrenzen anzuerkennen, die in den Zusätzen 26 und 27 in drei Karten niedergelegt seien, und verlangte deren Korrektur.

INNENPOLITIK

(11) Spaltung im ZK

Die im November des vergangenen Jahres eröffnete Kampagne um den künftigen Kurs der Erziehungspolitik, die sich nach den Worten Hua Kuo-fengs inzwischen zu einer "großen revolutionären Debatte auf den Feldern der Erziehung, Wissenschaft und Technologie" ausgeweitet hat, spitzt sich unter dem wachsenden Druck der radikalen Linken immer mehr zu einer innenpolitischen Kraftprobe zu.

In den letzten Wochen wurden in der nationalen Presse, in den Provinzradiostationen und auch im Fernsehen (1) unablässig gegen den "rechtsabweichlerischen Wind" gekämpft, der, wie es heißt, bereits das Land erfaßt hatte.

Hunderttausende von Wandzeitungen, die zuerst in den Universitätsstädten Peking und Shanghai auftauchten, denunzierten in kaum verhüllter Weise und vereinzelt auch namentlich die "Wegbereiter des Kapitalismus" an der Spitze der offiziellen Hierarchie. Die Auswirkungen des ideologischen Kampfes, dessen Schärfe in den letzten Februarwochen noch zunahm, ist noch nicht abzuschätzen. Das Ziel der Attacken aber steht fest: es handelt sich um eine "Gegenoffensive" gegen das andere Lager der "bourgeoisien und klein-bourgeoisien Demokraten", genauer gesagt, gegen "die Handvoll von Machthabern innerhalb der Partei, die den kapitalistischen Weg einschlagen und die Interessen der Gutsherren und Kapitalisten repräsentieren".

Im Mittelpunkt der Angriffe steht dabei Teng Hsiao-p'ing, "jener unbußfertige Wegbereiter des Kapitalismus", wie ihn die JMJP indirekt, aber unmißverständlich am 17.2.76 nannte. Der auf Wandzeitungen als "Drahtzieher" und "Zweiter Chruschtschow" umschriebene Teng gilt als Hauptexponent und Konspirator einer "rechtsabweichlerischen" und "revisionistischen" Linie nach dem Muster Liu Shao-ch'is und Lin Piao. Ihm und seinen Gefolgsleuten wird vorgeworfen, sich der "proletarischen Revolution" in der Erziehung, Literatur und Kunst ebenso widersetzt zu haben, wie der "sozialistischen Revolution" auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie. Während die radikalere Linke die öffentliche Szene beherrschte, hat sich der Akzent der Auseinandersetzung in den letzten Wochen zunehmend auf die Frage konzentriert, auf welche Weise der sozialistische Staat modernisiert werden soll. Kernpunkt der Angriffe gegen die "Restaurationisten" vom Schlage eines Teng Hsiao-p'ing ist deren "umfassendes politisches Programm für die Wiederherstellung des Kapitalismus". Ihnen wird vorgeworfen, bereits "ein komplettes Bündel von organisatorischen Maßnahmen vorbereitet zu haben, um die Führung der Partei und des Staates zu usurpieren" (Radio Shanghai, 13.2.76).

Der vielleicht deutlichste Hinweis auf den innerparteilichen Zwiespalt, der die gegenwärtige Kampagne kennzeichnet, war am 17.2.76 auf der ersten Seite der JMJP zu finden. In einem Leitartikel, der zu den schärfsten innenpolitischen Tiraden zählt, die in den letzten Jahren dort veröffentlicht wurden, nahm die Volkszeitung zu dem ideologischen Schisma innerhalb des ZK der KPCh Stellung. In einer ungewöhnlichen Offenheit wurde zugegeben, daß das ZK durch "spalterische Aktivitäten" von Gegnern der revolutionären Linie Mao Tse-tungs "entzweit" worden sei. "Die Wegbereiter des Kapitalismus innerhalb der Partei, die sich geweigert haben Reue zu zeigen und sich zu reformieren, sind selbst die Quelle des Spaltertums",